

CARITAS *Konkret*



für köln

DAS MAGAZIN DES CARITASVERBANDES FÜR DIE STADT KÖLN E.V.



Wohnen in Köln

Interview mit
Wohnungsamtleiter
Stefan Ferber S. 04

Aktuell:

Vor der Kommunalwahl - Kölner Ratspolitiker/innen zu sozialpolitischen Themen S. 06, 07

Caritas-Wohnhäuser

Menschen mit Behinderung zu ihrer Wohnsituation S.08

Ambulante Wohnformen

Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz S.09



Wohnst Du noch oder lebst Du schon?

Mit diesem lustigen Spruch wirbt ein schwedisches Einrichtungshaus. In Wirklichkeit spiegelt und verdreht dieser Spruch die Realitäten und die menschlichen Bedürfnisse. Wohnen ist so wie „Essen“ und „Menschliche Beziehung“ eines der wenigen ganz zentralen menschlichen Bedürfnisse. Die Höhle der Urmenschen, die eigene Wohnung im beginnenden Erwachsenenalter, die Angst vor dem Verlust der Wohnung im Alter und bei eintretender Pflegebedürftigkeit sind weitere Hinweise auf die besondere Bedeutung des Wohnens in der Entwicklung und Psyche jedes Menschen.

Wenn die Wohnung für den Menschen so zentral ist, ist ebenso die kommunale Wohnungsverwaltung zentral für eine den Menschen zugewandte Politik in Köln. Rat und Verwaltung haben die Aufgabe, alle Kölnerinnen und Kölner mit guten Wohnungen zu versorgen. Sie müssen darauf achten, dass genügend Wohnungen da sind, dass sie bezahlbar sind, dass sie den Bedürfnissen der Menschen entsprechen.

Kölnerinnen und Kölner sind aber auch die bedürftigen Familien mit Wohnberechtigungsschein, die Studenten, die Flüchtlinge, die Obdachlosen.

Die Stadt Köln hat hier lange kaum noch Erfolge zeigen können. Selbstgesteckte Ziele zur Schaffung von Sozialwohnungen sind verfehlt worden, junge Familien verlassen Köln, in der Unterbringung von Flüchtlingen korrigiert die Stadt gerade mit einem beachtlichen Kraftaufwand die Versäumnisse der letzten Jahre.

Unabhängig vom Ausgang der Wahl: jede Ratsmehrheit muss beim Thema Wohnen einen politischen Schwerpunkt setzen. Die Rahmenbedingungen für die Schaffung von Wohnraum müssen verbessert werden.

Und wenn dann jede Kölnerin und jeder Kölner wohnt, ja vielleicht fangen wir dann schon an zu leben.

Peter Krücker, Sprecher des Vorstandes

Impressum

Herausgeber, V.i.S.d.P.:
Caritasverband
für die Stadt Köln e.V.
Peter Krücker,
Sprecher des Vorstandes
Bartholomäus-Schink-Str. 6,
50825 Köln,
www.caritas-koeln.de

Gesamtredaktion:
Stab Öffentlichkeits-
arbeit, Marianne Jürgens (jü),
Tel: 95570-237,
marianne.juergens@
caritas-koeln.de
Redaktionsteam:
Miroslaw Fras,
Susanne Rabe-Rahman,
Gabriele Vahrenhorst,
Clemens Zahn

Texte: Miroslaw Fras,
Siggi Heidt,
Marianne Jürgens,
Peter Krücker,
Gabriele Vahrenhorst
Fotos: Caritasverband Köln,
Rendel Freude, Deutscher
Caritasverband/KNA
Thilo Schmülgen, Porträts
S.04 und 06,07 privat

Auflage: 4000
Druck: cariprint, Tel: 379549-02
Gestaltung:
www.mareilebusse.de
Die Caritas Konkret erscheint
3 x jährlich: Redaktionsschluss
für Juli-Ausgabe: 20. Mai 2014

Kurznachrichten

Seniorenreisen 2014

Zusammen reisen – gemeinsam erholen: Caritas-Seniorenreisen bietet eine große Auswahl an Reisezielen für jeden Geschmack. Erholungsreisen in beliebte Kurorte und Heilbäder, Aktivurlaube, Wohlfühltag ohne Kofferpacken und Betreute Reisen für Gäste mit erhöhtem Hilfebedarf. Katalog und weitere Informationen bei Andrea Pogoda, Tel: 0221 95570-227, andrea.pogoda@caritas-koeln.de.

Neue Kita am Heilig-Geist-Krankenhaus



Spatenstich im Dez. 2013

Am Heilig-Geist-Krankenhaus in Köln-Longerich entsteht ein Betriebskindergarten, in dem insgesamt 60 Kinder betreut werden. Bauherr ist das Heilig-Geist-Krankenhaus, betrieben wird die Kita durch den Caritasverband Köln. Der Spatenstich war im Dezember 2013, die Eröffnung ist in der zweiten Jahreshälfte 2014 geplant.

Junge Spanier in der Altenpflege

Das Caritas-Pilotprojekt oportunidad (spanisch = Chance) geht in die zweite Runde. Erneut wurden elf junge Spanierinnen und Spanier für die Ausbildung in der Altenpflege in Köln angeworben. Zunächst lernen sie intensiv die deutsche Sprache. Um das Einleben zu erleichtern, steht ihnen Sozialarbeiterin Andrea Michels als Integrationscoach zur Seite. Ab Sommer 2014 starten sie dann mit der dreijährigen Ausbildung zur Pflegefachkraft. // jü

Weit weg ist näher, als Du denkst

Während der 10 Jahre, in der sie in der Türkei in Haft saß, wurde sie immer wieder gefoltert. Aus Protest gegen die schlechten Haftbedingungen begann sie einen Hungerstreik. Als sie wegen ihrer schlechten gesundheitlichen Verfassung vorübergehend entlassen wurde, gelang der Journalistin Petek Türkmen, 43, die Flucht nach Deutschland. Hier angekommen, fand sie den Weg zum Therapiezentrum für Folteropfer des Caritasverbandes Köln. Eine Traumatherapie hilft ihr, ins Leben zurückzufinden. Ihren erschütternden Weg schilderte sie bei einem Pressetermin der Caritas anlässlich der Vorstellung der diesjährigen Caritas-Jahreskampagne „Weit weg ist näher, als Du denkst.“ Die Kampagne will auf die Auswirkungen unseres Handelns auf Menschen in aller Welt aufmerksam machen. Unser Kaufverhalten, unser Umgang mit Ressourcen und diktierte Produktionsstandards entscheiden über die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern und damit zum Teil auch über die Frage, ob Menschen ihre Heimat verlassen oder nicht.

Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Joh. Hensel, erinnert im Pressegespräch an Papst Franziskus, der auf Lampedusa im vergangenen Jahr „die globalisierte Gleichgültigkeit“ thematisierte. „Für die Arbeit der Caritas bedeutet das, jede mögliche Unterstützung zu leisten für die Menschen, die mit ihren schweren Schicksalen bei uns aufschlagen.“

Seit 30 Jahren ist das Therapiezentrum für Folteropfer/Flüchtlingsberatung eine von mehreren Einrichtungen der Caritas, die Flüchtlinge unterstützen. Brigitte Brand-Wilhelmy, Leiterin



v.l. Petek Türkmen, Brigitte Brand-Wilhelmy (Leiterin des Therapiezentrums) und Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Joh. Hensel

des Therapiezentrums: „Menschen, die zu uns ins Therapiezentrum kommen, sind Überlebende mit viel Kraft, keine Opfer. Sie sind eine große Bereicherung für unsere Gesellschaft.“ Der inzwischen 19-jährige Ali flüchtete vor drei Jahren über Nacht aus Kabul. Er gehört der religiösen Gruppe der Schiiten an, die in Afghanistan verfolgt werden. Sieben Monate dauerte die Odyssee seiner Flucht, die er alleine als unbegleiteter, minderjähriger Flüchtling bewältigen musste. Durch die Unterstützung des Therapiezentrums und Sprachförderung machte er inzwischen seinen Hauptschulabschluss und hat weitere Ziele: „Ich möchte gerne als nächstes den Realschulabschluss erreichen. Mein Traumberuf ist Computergra-

fiker - wenn ich das schaffe.“

Diözesan-Caritasdirektor Dr. Hensel fordert für unbegleitete junge Flüchtlinge eine Anhebung der Altersgrenze analog zur Jugend-Definition der Vereinten Nationen auf 20 Jahre. „Denn wenn sie als volljährig eingestuft werden, kommen sie nicht mehr in Einrichtungen der Jugendhilfe unter, erhalten keinen Vormund, keinen Deutschkurs und werden nicht in die Schule geschickt.“ kritisiert er. „Mit einer Anhebung der Altersgrenze haben heranwachsende Flüchtlinge, die oft ihrer Jugend beraubt sind, kaum Bildung haben und körperlich und seelisch erschöpft sind, eine größere Chance, hier in Deutschland wieder in die Spur zu finden.“ // jü



Motiv „Flucht“ der diesjährigen Caritas-Jahreskampagne

bände IN VIA, Malteser, SKf Köln und SKM Köln zum diesjährigen Frühjahrsempfang im Domforum. Peter Krücker, Vorstand des Caritasverbandes für die Stadt Köln e.V. nahm in seiner Ansprache in Anlehnung an die Caritas-Jahreskampagne besonders die Situation der Flüchtlinge in Köln in den Blick. Er forderte unter anderem, dass die Stadt Köln, entsprechend der gemeinsam mit dem Runden Tisch festgelegten Leitlinien, der menschenwürdigen Unterbringungspflicht nachkommen muss. Hier dürfen die Kommunen von Bund und Land nicht alleingelassen werden. Bei der Schaffung von neuen Flüchtlingsunterkünften sind frühzeitige

Rund 200 Gäste aus Politik, Kirche und Wirtschaft folgten der Einladung des Caritasverbandes Köln und der kath. Fachver-

Information der Nachbarschaft und Einbindung der Institutionen, Verbände, Vereine, Kirchengemeinden vor Ort unabdingbar, um Akzeptanz und ein gutes Miteinander im Sozialraum zu schaffen. Flüchtlingsunterkünfte sind keine Dauerlösung. Im Zuge des Auszugsmanagements ist es notwendig, ausreichend Wohnraum zu sozial vertretbaren Mietpreisen bereit zu halten.

Zudem forderte Krücker unter anderem in aller Deutlichkeit die zügige und wohnortnahe Versorgung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Kita-Plätzen, Schulplätzen und Freizeitmöglichkeiten.

Nicht nur die Stadt sieht er in der Pflicht, Flüchtlingen gute Startvoraussetzungen zu schaffen. Kirche, caritative Verbände sowie jeder Einzelne sind gefordert, Flüchtlinge humanitär zu unterstützen: mit Bereitstellen von Wohnraum, mit ehren- und hauptamtlichem Engagement beim Umgang mit Behörden, Kita- und Schulunterbringung, Begleitung bei medizinischer Versorgung sowie Unterstützung in Sprachförderung und bei Freizeitangeboten. // jü

Frühjahrsempfang am 04. April 2014

Wem gehört die Stadt?

Fragen von Marianne Jürgens an Stefan Ferber, Leiter des Wohnungsamtes der Stadt Köln

Es gibt nicht genügend bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit niedrigen Einkommen. Was tun Sie als Leiter des Wohnungsamtes ganz konkret, um die prekäre Wohnungssituation in Köln in den Griff zu bekommen?

Das Amt für Wohnungswesen berät die Investoren und wirbt dafür, in den preiswerten, geförderten Wohnungsbau zu investieren. Der Rat hat aktuell sehr wichtige Beschlüsse gefasst, um den geförderten Wohnungsbau zu stützen, die das Amt für Wohnungswesen vorbereitet oder unterstützt hat. Zum Beispiel das sogenannte „Kooperative Baulandmodell“, wonach die Investoren verpflichtet sind, bei neuen Wohnungsbauvorhaben 30 % der Wohnfläche als geförderten Wohnungsbau zu errichten. Mit einem „Sonderprogramm bezahlbaren Wohnraum sichern“ in Höhe von zwei Mio. € wird in bestimmten nachgefragten Stadtteilen der Bau von Sozialwohnungen unterstützt. Hierbei handelt es sich um „echte“ Zuschüsse zur Ergänzung der Wohnungsbaudarlehen. Gewährt werden 150,- € je qm Wohnfläche, die neu im geförderten Wohnungsbau geschaffen wird – allerdings nur, wenn das Baulandmodell nicht greift.

Eine weitere wichtige Grundlage ist das „Stadtentwicklungskonzept Wohnen“, das der Rat am 11.02.2014 beschlossen hat. Danach ist es nach wie vor wichtige Leitlinie der Kölner Wohnungspolitik, auch den Haushalten, die am Markt nur schwer eine Wohnung finden, bezahlbaren Wohnraum in ausreichender Menge und Qualität zur Verfügung zu stellen.

Die Stadt Köln hatte sich vorgenommen, mindestens 1000 Sozialwohnungen im Jahr neu zu schaffen. Für das Jahr 2013 sah die Bilanz traurig aus. Welches Ziel setzen Sie sich für 2014 und was wollen Sie verändern, um dieses Ziel zu erreichen?

2012 hat die Stadt Mittel für 210 Mietwohnungen im geförderten Wohnungsbau bewilligt, 2013 konnten 537 Wohnungen gefördert werden. Angesichts



Stefan Ferber
Leiter des Wohnungsamtes Stadt Köln

des großen Bedarfs für preiswerten Wohnungsbau gibt es nach wie vor großen Handlungsbedarf, aber zumindest die Tendenz ist nach dem absoluten Tiefpunkt in 2012 positiv. Mein Ziel konkret für 2014 ist es, deutlich mehr Wohnungen zu bewilligen als 2013.

Die große Herausforderung ist nun, alles dafür zu tun, damit die genannten Programme greifen und stärker in Sozialwohnungen investiert wird. Beim Bau von Sozialwohnungen handelt es sich nach meiner Überzeugung im dynamischen Kölner Wohnungsmarkt auch aus Sicht der Unternehmen um Investitionen, die sich lohnen. Mit den verbesserten Förderbedingungen des Landes und den ergänzenden Programmen des Landes haben sich die Renditeaussichten deutlich verbessert. Natürlich bleibt das Ziel des Rates bestehen, 1.000 Mietwohnungen im Jahr zu fördern. Hierfür setzen wir uns ein.

Wem gehört die Stadt? Attraktive Stadtviertel mit einer bisher gesunden Mischung von Alteingesessenen, Mittelständlern, Studenten und Niedrigverdienern verändern sich durch Aufkauf von Häusern durch Immobilienspekulanten. Bisherige Mieter werden verdrängt. Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um diese Entwicklung zu stoppen?

Mit dem Kooperativen Baulandmodell, dem Sonderprogramm und dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen versucht die Stadt hier gegenzusteuern. So trägt zum Beispiel die Vorgabe, neben freifinanzierten Wohnungen auch einen Mindestanteil geförderten, preiswerten Wohnungsbau zu realisieren, zur sozialen Mischung bei.

Die Stadt steht vor großen Herausforderungen, die wachsende Zahl an Flüchtlingen unterzubringen. Auch die sogenannten Armutsmigranten aus osteuropäischen EU-Ländern brauchen menschenwürdige Unterkünfte. Welches Konzept haben Sie, um damit adäquat umzugehen?

Aufgabe der Stadt ist es, die hier ankommenden bzw. zugewiesenen Flüchtlinge aufzunehmen und unterzubringen. Angesichts der stark steigenden Zugangszahlen und des stark angespannten Wohnungsmarktes ist dies eine gewaltige Herausforderung. Zum Vergleich: 2009 bis 2012 blieben etwa 150 bis 300 Flüchtlinge jährlich in Köln, 2013 wurden 876 Flüchtlinge mit einer Unterkunft versorgt.

Diese Aufgabe kann die Stadt nur gemeinsam mit der Stadtgesellschaft bewältigen. In diesem Zusammenhang ist mir der Austausch mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen sehr wichtig. Gemeinsam haben wir hier Antworten und Handlungsansätze entwickelt. Ein Beispiel hierfür ist die aktuelle Beschlussvorlage der Verwaltung zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Systembauweise zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien. Mit kleinen dezentralen Einheiten mit einer Belegung von maximal 80 Personen und abgeschlossenen Wohneinheiten und einer sozialpädagogischen Betreuung vor Ort setzen wir auf Qualität. Vorrangiges Ziel ist natürlich die Vermittlung von Flüchtlingen in normale Wohnungen, hier sollen die Aktivitäten von Stadt und Trägern weiter verstärkt werden.

Auch wenn im Hinblick auf die Armuts-

migranten aus osteuropäischen EU-Staaten keine Unterbringungsverpflichtung besteht, versucht die Stadt die Lebensbedingungen dieser Menschen durch unterschiedliche Maßnahmen zu verbessern.

Unsere Bevölkerung wird immer älter. Wie passen Sie das Wohnungsangebot in Köln dem demographischen Wandel an?

Barrierefreier Wohnraum entsteht immer dort, wo geförderter Wohnraum neu gebaut wird. Hier gibt es besondere Standards: Seit 1998 müssen der Hauseingang, die Erdgeschosswohnungen und gegebenenfalls der Aufzug von geförderten Wohnungen stufenlos von der Straße aus erreichbar sein. In den Wohnungen dürfen weder Stufen, Schwellen, noch untere Türanschläge vorhanden sein. Die Bäder sind mit bodengleichen Duschen ausgestattet und alle Türbreiten entsprechen der DIN für barrierefreies Bauen. Außerdem müssen seit 2006 alle Gebäude mit einem Aufzug nachgerüstet werden können. Leider gibt es noch viel zu wenige Wohnungen in Köln, die diesen Anforderungen entsprechen. Umso wichtiger ist es aus meiner Sicht, den Bau von geförderten Wohnungen voranzubringen. Auch ein Barrieren reduzierender Umbau von Bestandswohnungen kann mit zinsgünstigen Landesdarlehen von bis zu 15.000 € je Wohnung gefördert werden.

Unabhängig hiervon hat sich die Stadt vorgenommen, auch in Zukunft Mehrgenerationen-Wohnprojekte zu unterstützen und geeignete Grundstücke hierfür auszuweisen. In der Vergangenheit konnten in Köln bisher insgesamt fünf solcher Wohnprojekte realisiert werden. Zusätzlich wurden zwei städtische Grundstücke für den Bau von Mehrgenerationenwohnprojekten zum Erwerb durch den Investor zur Verfügung gestellt. Auch dies ist ein kleiner, aber wichtiger Beitrag.

 Die Caritas sagt: Migranten willkommen heißen Eine Willkommens- und Anerkennungskultur für Migranten ist wichtig. Es sollte eine Verständigung über eine einheitliche Definition herbeigeführt sowie Standards festgelegt werden. Potenzial- statt Defizitorientierung, grundsätzliche Toleranz und Offenheit gegenüber Menschen anderer Kulturkreise, Respekt gegenüber ihrer Selbstverantwortung, Wahrnehmung und Wertschätzung von Vielfalt und Abbau eigener Vorurteile sind Inhalte einer gemeinsamen Ausrichtung.   Schöne Worte sind zu wenig	 Die Caritas sagt: Sozialen Wohnungsbau fördern Die Caritas fordert das Recht auf Wohnung. Wohnung wird als unabdingbare Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben bestimmt. Der Mensch, die Menschenrechte, die Würde des Menschen und seine Einbeziehung in die Gesellschaft sind unabdingbare Rechte in einer solidarischen Gesellschaft. Die Caritas fordert die Schaffung und Bereitstellung von menschenwürdigem und bezahlbarem Wohnraum. Wo es nötig ist, muss auch der „soziale Wohnungsbau“ wieder aufgenommen werden. Wohnen ist ein Menschenrecht und darf nicht allein dem Wettbewerb der freien Wirtschaft überlassen werden.   Schöne Worte sind zu wenig
 Die Caritas sagt: Rahmenbedingungen für leistungsstarke Pflege sichern Die Caritas engagiert sich seit jeher in der Entwicklung und Sicherung der pflegerischen Infrastruktur sowohl im städtischen als auch im ländlichen Bereich. Um gerade dem ländlichen Bereich bedarfsgerechte Angebote zu machen, benötigt sie bessere Rahmenbedingungen. Eine enge Zusammenarbeit und die Unterstützung durch die Kommunen sind dabei unabdingbar. Auch sind verstärkte Anstrengungen zur Gewinnung von Pflegefachkräften wesentlich. Eine adäquate Entlohnung ist durch die Caritas gesichert; allerdings ist es erforderlich, dass diese auch bei den Refinanzierungsleistungen der Kommunen (zum Beispiel Sozialhilfeleistungen, Zuschuss Familienpflege etc.) berücksichtigt wird.   Schöne Worte sind zu wenig	 Die Caritas sagt: Subsidiaritätsprinzip ernst nehmen Das Subsidiaritätsprinzip gilt als zentrales Element in der sozialen Marktwirtschaft. Soziale Aufgaben sollen möglichst selbstbestimmt und eigenverantwortlich übernommen werden, also von der kleinsten Gruppe oder der untersten Ebene einer Organisationsform. Nur wenn dies nicht möglich oder sehr schwierig ist, sollen sukzessive größere Gruppen, öffentliche Kollektive oder höhere Ebenen die Aufgaben subsidiär unterstützen und übernehmen. Die Caritas beobachtet mit Sorge, dass dieses Prinzip zunehmend in Vergessenheit gerät. Es ist ordnungspolitisch falsch, wenn der Staat zugleich Nachfrager und Anbieter von sozialen Leistungen in einer Person ist. Freie Träger sind als Anbieter sozialer Leistungen angemessen zu berücksichtigen und sollten den Vorrang vor staatlicher Konkurrenz erhalten.   Schöne Worte sind zu wenig

Caritas zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014

Die Caritas in NRW hat als Kandidaten- und Wahlprogrammcheck zur Kommunalwahl Fragen und Caritas-Positionen zu 40 sozialpolitischen Themen zusammengestellt. Unten stehend sind vier Beispiele mit Caritas-Positionen ausgewählt.

Weitere Fragen und Caritas-Positionen finden Sie unter www.caritas-nrw.de/kommunalwahl2014

Auch die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Köln (LIGA) hat Wahlprüfsteine aufgestellt, an denen Kommunalpolitiker angesichts des Ziels einer sozial gerechten Stadt Köln gemessen werden können.

Wie sozial wird Köln nach der Wahl?

Kölner Ratspolitiker/innen der fünf Parteien SPD, CDU, Bündnis 90/Grüne, FDP und Die Linke stellen sich Fragen zu drei ausgewählten sozialpolitischen Themen. Die Fragen stellte Marianne Jürgens.

DIE FRAGEN

Flüchtlingspolitik

In den nächsten zwei Jahren wird damit gerechnet, dass 2.000 neue Flüchtlinge nach Köln kommen werden. Was sind Ihre wichtigsten Vorhaben, um die Situation für Flüchtlinge in unserer Stadt zu verbessern?

Wohnungspolitik

In Köln ist bezahlbarer Wohnraum Mangelware. Besonders für Menschen mit niedrigen Einkommen oder in sozialen Notlagen ist es fast aussichtslos, günstige und menschenwürdige Wohnungen zu finden. Welche Weichen stellen Sie im Hinblick auf eine sozial gerechte Wohnungspolitik?

Subsidiarität

Die Wohlfahrtsverbände übernehmen für die Kommune wesentliche soziale Aufgaben. Wie wollen Sie in Zukunft sicherstellen, dass trotz der Notwendigkeit zu sparen, die gemeinsame Verantwortung für soziale Gerechtigkeit und die Wahlfreiheit der Hilfesuchenden keinen Schaden nimmt?



Michael Paetzold, SPD

Flüchtlingspolitik

Das Wichtigste ist jetzt, dass alle Flüchtlinge ein Dach über den Kopf bekommen. Das ist schwierig genug und leider kommen wir an Unterbringungen in Hotels und in Containern nicht vorbei. Wir werden aber dafür sorgen, dass die Flüchtlinge in Zukunft wieder in kleinen Wohneinheiten untergebracht werden, so wie es die Leitlinien des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen vorsehen. Das heißt, dass wir über das ganze Stadtgebiet verteilt neue Flüchtlingswohnheime bauen werden. Genauso wichtig ist Schulunterricht für die Kinder und Sprachunterricht für die Erwachsenen, nur so haben sie eine Chance, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Wohnungspolitik

Zwei wichtige Dinge haben wir auf den Weg gebracht: Mit dem Wiedereinstieg in die kommunale Wohnungsbauförderung haben wir dafür gesorgt, dass genügend Fördermittel bereitstehen, damit pro Jahr 1000 Sozialbauwohnungen gebaut werden können. Mit dem kooperativen Baulandmodell haben wir festgelegt, dass jeder Investor, der mehr als 25 Wohnungen errichten will, davon mind. 30 % als Sozialbauwohnungen bauen muss.

Subsidiarität

Die Wohlfahrtsverbände sind für uns wichtige Partner. Auf ihr Know-how und ihr Engagement können und wollen wir nicht verzichten. Wir bekennen uns deshalb klar zum Subsidiaritätsprinzip mit breiter Trägervielfalt. In Zeiten knapper Kassen und wachsender Anforderungen an unsere Hilfesysteme müssen Stadt und Verbände enger zusammenrücken, um die soziale Arbeit möglich effektiv zu tun.



Ursula Gärtner, CDU

Flüchtlingspolitik

Flüchtlinge haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Sie sollen dezentral und zügig in eigenen Wohnungen untergebracht werden. Sie benötigen Ansprechpartner mit Verständnis für ihre Situation und Unterstützung auf dem Weg in die Integration. Sie und ihre Kinder sollen die deutsche Sprache schnell lernen und zügig den Zugang zu Bildungsangeboten erhalten können. Ihnen ist bald der Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen, um unabhängig von staatlichen Leistungen zu werden. Durch Initiativen vor Ort sind Kontakte zwischen der

Wohnbevölkerung und den Flüchtlingen zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses zu knüpfen.

Wohnungspolitik

Um den Druck vom Wohnungsmarkt zu nehmen, haben wir ein Stadtentwicklungskonzept Wohnen (umfassender Handlungskatalog), ein Sonderprogramm Wohnen (Anreize für Investoren, preiswerten Wohnraum zu bauen) und das Kooperative Baulandmodell (verpflichtende Quote für preiswerten Wohnraum) beschlossen. Außerdem brauchen wir für Familien mit Kindern preisgünstige Grundstücke und größere Wohnungen sowie mehr senioren- und behindertengerechte Wohnungen.

Subsidiarität

Für die CDU gilt das Prinzip der Subsidiarität und damit die vorrangige Förderung der freien Träger - nicht nur projektbezogen, sondern auch über die globale Zuweisung von Finanzmitteln, damit auch ein unabhängiges Handeln möglich bleibt.



Flüchtlingspolitik

Wir setzen uns dafür ein, dass die Leitsätze zur humanen Flüchtlingsunterbringung von 2004 eingehalten werden. Das heißt konkret, wir brauchen noch ca. 30 Grundstücke, um dort in den nächsten Jahren Wohnungen (und keine Heime) für Flüchtlinge zu schaffen. Es dürfen dort nicht mehr als 80 Menschen wohnen. Wir appellieren an die großen Wohnungsbaugesellschaften, in ein Sonderbauprogramm Flüchtlingswohnungen einzusteigen. Die Hotelunterbringung ist abzuschaffen.

Wohnungspolitik

Wohnungspolitik ist Grüner Schwerpunkt: Es wurde ein kommunales Wohnungsbauprogramm beschlossen, um mehr Sozialwohnungen zu platzieren. Mindestens 1000 neue pro Jahr wurden als Richtwert festgelegt, so auch im neuen Stadtentwicklungskonzept Wohnen. Wir haben weiterhin zusammen mit der SPD das sogenannte kooperative Baulandmodell verabschiedet. Bei allen Bauprojekten müssen in Zukunft mindestens 30% geförderte Wohnungen gebaut werden. Im Bestand wird derzeit zusätzlich das Mittel von Erhaltungssatzungen geprüft. Insbesondere kümmern wir uns um Wohnraum für am Markt Benachteiligte wie Flüchtlinge, Obdachlose usw.

Subsidiarität

Wir setzen nach wie vor auf Subsidiarität. d.h., Wohlfahrtsverbände/ freie Träger müssen als erstes bei der Bewältigung allgemein sozialer Aufgaben zum Zuge kommen; natürlich mit auskömmlicher kommunaler Finanzierung.



Flüchtlingspolitik

Die Unterbringung von Flüchtlingen ist die größte Herausforderung. Im Sinne der städtischen Leitlinien zur Flüchtlingspolitik setze ich mich für eine zügige und dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen ein. Dieses dient der sozialen Balance und der Integration.

Wohnungspolitik

Ich setze hier - anders als Rot-Grün - nicht auf teure Wohnungsbauprogramme und Gängelung von Investoren, sondern auf die Bereitstellung von Wohnflächen. Wichtig ist auch die Schließung von Baulücken. Die Verwaltung will bis 2029 nur 10% der Baulücken schließen und damit nur 1500 Wohnungen bauen. Viel zu wenig!

Subsidiarität

In Zeiten knapper Kassen muss überall gespart werden, auch im sozialen Bereich. Wichtig ist, dass wir keine Strukturen zerschlagen. Die Diskussion über die Globalmittel im letzten Jahr hat allerdings gezeigt, dass Verbände, die SPD und Grünen nahe stehen, weniger zur Kasse gebeten wurden als z.B. Caritas und DRK. Das verstehe ich nicht unter sozialer Gerechtigkeit. Subsidiarität bedeutet für mich auch, dass sich Land und Bund stärker finanziell beteiligen müssen. Am Beispiel Inklusion, wo die Landesregierung die Kommunen mit den Kosten allein lässt, zeigt sich das besonders deutlich.



Flüchtlingspolitik

Wir machten zahlreiche Vorschläge, wie Flüchtlingskinder schneller einen Schulplatz bekommen und besser in ihrer Freizeit betreut werden können. Weitere Vorhaben sind ein Ombudsmann für Flüchtlinge, ein Mediationsverfahren für Anwohner und Flüchtlinge und eine bessere Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements von Nachbarschaftsinitiativen. In Containern, die nur eine Notlösung sind, muss jede Wohnung eine eigene Küche und Sanitärräume haben.

Wohnungspolitik

Die GAG muss in weit stärkerem Maße sozialen Wohnungsbau betreiben, eventuell brauchen wir eine weitere städtische Wohnungsgesellschaft. Private Investoren sollten zu mindestens 40 % sozialem Wohnungsbau verpflichtet werden. Die günstigen Wohnungen, die es in Köln noch gibt, müssen mit Milieuschutzsatzungen gegen Luxussanierungen geschützt werden - vor allem in der Innenstadt, von der Stadt übernommen werden - wie in Chorweiler nötig und vor dem Abriss bewahrt werden, z. B. die Siedlung Egonstraße.

Subsidiarität

Eine moderate Anhebung der Gewerbesteuer um 15 auf 490 Hebepunkte ist ein wichtiger Schritt zur Entlastung des Kölner Haushaltes. Mit jedem zusätzlichen städtischen Betriebsprüfer steigen die Einnahmen um weitere rund 1 Mio. Euro. Die Finanzierung einer sozialen Stadt wäre nach den Haushaltsplanentwürfen der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln mehr als sicher gestellt.

DIE LINKE hat sich gegen eine Kürzung der Globalmittel und auch gegen die geänderte Binnenverteilung in ihrer jetzigen Form ausgesprochen.

Caritas-Wohnhäuser für Menschen mit Behinderung:

Bewohner und Mitarbeitende sind gleichermaßen begeistert über die positiven Veränderungen nach einem Jahr mit dem WKS-Betreuungsmodell

Caritas-Mitarbeiterin Gabriele Vahrenhorst sprach mit den Wohnhaus-Mitarbeitern Dirk Blüchel und Stefan Riedel sowie den Bewohnerinnen im Wohnhaus St. Christophorus, Janet Thamboe und Petra Beutel

Vor einem Jahr wurde das Betreuungsmodell von Willem Kleine Schaars (WKS) in den Caritas-Wohnhäusern für Menschen mit Behinderung eingeführt. Das Modell beschreibt ein Konzept der Begleitung, das den Menschen mit Behinderung durch ein hohes Maß an Selbstbestimmung Halt und Orientierung bietet. Zentraler Leitgedanke ist: „Jeder Mensch sollte die Regie über seine eigenen Fähigkeiten haben.“ Im Mittelpunkt stehen die Bewohner, die in ihrer Selbstbestimmung und Unabhängigkeit von den Mitarbeitenden unterstützt werden.

Die Mitarbeiter Dirk Blüchel und Stefan Riedel beschreiben die Veränderungen aus ihrer Sicht:

Durch unsere veränderte Grundhaltung und Einführung der Alltags- und Prozessbegleiter verändern sich unsere Wahrnehmung und auch das Verhalten gegenüber den Bewohnern. Zudem erkennen wir Entwicklungsveränderungen bei Bewohnern, die wir vorher nicht erahnt hätten. Als Mitarbeiter müssen wir damit umgehen, dass wir nicht immer gebraucht werden. Die Lösung der Alltagsprobleme erfolgt vorwiegend über die Bewohner selbst oder in Absprache

mit der gesamten Gruppe. Zum Beispiel entscheiden die Bewohner selbst, was sie im Kühlschrank haben möchten. Sie erstellen eine Einkaufsliste, holen sich beim Mitarbeiter Geld und gehen einkaufen. Dies sind zwar kleine Dinge des Alltags, zeigen aber die Entwicklungsschritte der Bewohner. Die Bewohner entdecken ihre Möglichkeiten und nutzen sie. Wir als Mitarbeiter begleiten und assistieren dabei, achten zum Beispiel auf Richtlinien, die eingehalten werden müssen.

Nach dem WKS-Modell zu handeln, heißt: Weg von dem Denken „Ich bin Mitarbeiter und gebe die Lösung vor“ hin zur Erkenntnis „Ich bin nur Gast in diesem Hause“, es ist das Haus der Bewohner. Manchmal ist es schwierig, nicht zu reagieren, sondern abzuwarten und auch mal nichts zu sagen. Oft regeln die Bewohner ihre Probleme selbst, auch wenn die Lösung nicht immer den Werten und Normen der Mitarbeiter entspricht.

Zum Beispiel die Essensversorgung am Wochenende: Die Bewohner sagen uns nur noch „Du kannst die anderen Bewohner zum Essen holen“ mit dem Nachton, „...dann kannst du auch gleich wieder gehen“. Das ist neu. Früher war es „Versorgung durch die Mitarbeiter“ mit dem Gedanken „Wir haben einen Auftrag, den wir erfüllen müssen“. Die Mitarbeiter haben organisiert, geplant und im Endeffekt dem Bewohner die Lösung abgenommen.

Janet Thamboe und Petra Beutel, Bewohnerinnen im Wohnhaus St. Christophorus in Köln-Mülheim, laden Gabriele Vahrenhorst an einem Sonntag ein, sie

bei der Essensversorgung zu begleiten. Kaum angekommen, geht es direkt in die Küche. Die zwei Bewohnerinnen bereiten den Wärmewagen vor, räumen die Arbeitsfläche frei und decken den Tisch, alles in einem festen Zeitplan. Sie wissen genau, was zu tun ist - und auch wer von den anderen Bewohnern welche Vorlieben hat.

Janet Thamboe sagt: „Wir müssen jetzt das Essen holen.“ Schon stehen andere Bewohner mit Jacke bereit, zu unterstützen. Gemeinsam geht es zum benachbarten Caritas-Altenzentrum St. Josef-Elisabeth, wo die Wärmebehälter schon zur Abholung bereit stehen.

Zurück im Wohnhaus rufen die Bewohnerinnen eine Mitarbeiterin und bitten sie, die Daten der Verzehr-Temperatur in eine Liste zu übertragen. Diese geht anschließend wieder mit dem Hinweis, „wenn ihr mich braucht, könnt ihr mich rufen.“ Janet Thamboe und Petra Beutel erklären, dass sie zuerst essen und dann das Essen an die übrigen Bewohner verteilen. Eine Bewohnerin braucht Unterstützung beim Essen, ihr reicht Janet Thamboe nach der Essensausgabe die Mahlzeit auf deren Zimmer an.

Das Gemeinschaftsleben der Bewohner spielt sich mit viel Ruhe und Selbstverständnis ab. Alle kümmern sich, räumen ihr Geschirr selbst weg oder helfen sich gegenseitig, wenn es nötig wird.

Die Organisation des gemeinsamen Essens ist nur ein Beispiel von vielen, in dem deutlich wird, dass die Bewohner mit einer angemessenen Begleitung sehr wohl ein selbstbestimmtes Leben führen können.



Bewohnerinnen und Bewohner des Wohnhauses St. Christophorus bei der Organisation der Essensversorgung am Wochenende.

Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz

Der Caritasverband Köln hat in diesem Jahr nach den positiven Erfahrungen mit der ersten Wohngemeinschaft in Köln-Mülheim eine zweite Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz in Köln-Dellbrück mit der Wohnungsbaugesellschaft GWG initiiert.



Caritas-Mitarbeiter Miroslaw Fras sprach mit dem Angehörigen René de Jonghe, dessen Mutter in der WG in Mülheim lebt und mit Maria Hanisch, Leiterin Ambulante Dienste im Caritasverband Köln.

Was hat Sie dazu motiviert, sich in einem Projekt wie die Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz zu engagieren?



Hanisch: Aus meiner langjährigen Erfahrung in der Ambulanten Pflege bin ich immer wieder mit familiären Situationen konfrontiert worden, in denen an Demenz erkrankte Menschen zwar körperlich noch mobil, aber durch die Demenz nicht mehr allein zuhause bleiben können. Die

Angehörigen wagen es kaum, sie alleine zu lassen, ohne befürchten zu müssen, dass etwas Schlimmes passiert. Die Idee eine Wohngemeinschaft, wo Menschen nahe dem Zuhause versorgt werden und Angehörige nach wie vor aktiv das Leben mitgestalten, fand ich sehr gut geeignet - gerade in einer solchen Situation - Abhilfe zu schaffen. Eine WG ist eine gute Alternative zum Heim und kommt den eigenen vier Wänden sehr nahe.

de Jonghe: Das Motiv heißt „Meine Mutter“! Ich musste für Sie eine Wohnung finden, nachdem sie wegen ihrer Demenz nicht mehr alleine leben konnte und die Familie meines Bruders, in der sie zuletzt lebte, sich überlastet sah. Ich fand, dass eine solche Wohngemeinschaft der ideale Kompromiss zwischen Pflegeheim und einer häuslichen Pflege war, bei der ich ebenfalls alsbald überfordert wäre.

Die Gründung einer selbstorganisierten Wohngemeinschaft ist ein aufwendiger Prozess. Was hat sie am meisten beschäftigt?

Hanisch: Die Vorbereitungsphase einer Wohngemeinschaft ist sehr aufwendig. Da gilt es, Absprachen mit der Kommune zu treffen, alle Kooperationspartner zusammen zu bekommen und Öffentlichkeitsarbeit zu machen, sowie Menschen als mögliche Bewohner zusammen zu bringen, damit sie sich selbst organisieren können.

de Jonghe: Es bleibt auch nach der Gründungsphase aufwendig. Das Hauptproblem ist der Wechsel von BewohnerInnen (durch Tod oder evtl. eine Verlegung in ein Pflegeheim) und damit auch der Wechsel ihrer Angehörigen. Das hat erstens eine finanzielle Konsequenz: Die GbR muss die fixen Kosten für leerstehende Zimmer weiter zahlen, auch wenn uns der Vermieter (Aachener Siedlungs und Wohnungsgesellschaft) dabei entgegenkommt. Die zweite Konsequenz sind organisatorische Reibungsverluste: Immer wieder neue Angehörige müssen für die praktischen Aufgaben in der WG (Wohnungseinrichtung, Ernährung, Reinigung, Beschäftigung, Reparaturen und Leitung) gewonnen und eingearbeitet werden. Letztlich sind es ja die Angehörigen bzw. gesetzlichen Betreuer, die die Wohngemeinschaft betreiben und deshalb auch organisieren müssen. Ein Beistand (Wohnkonzepte Schneider) nimmt uns alle Routineaufgaben ab, aber es bleibt genug zu tun, um auch zwischen den regelmäßigen GbR-Sitzungen Entscheidungen vorzubereiten und ggf. zu treffen. Das ist für Berufstätige natürlich schwieriger als beispielsweise für Rentner. Die Arbeitsverteilung unter den Gesellschaftern ist daher ein Dauerproblem.

Welche persönlichen Erwartungen verbinden Sie mit dem Projekt?

Hanisch: Ich wünsche mir, dass Menschen in der WG ein gutes Zuhause finden und gemeinsam mit ihren Angehörigen bis an ihr Lebensende und trotz ihrer Einschränkungen zu zufriedenes, gut versorgtes Leben führen können. Ich erwarte von uns als Dienstleister, dass wir eine gute Versorgung in der WG zur Verfügung stellen können und dass es ein gutes Miteinander dort gibt.

de Jonghe: Dass meine Mutter einen normalen und entspannten Alltag hat, der - wie in ihrer eigenen Wohnung - mehr von ihren Wünschen als von Pflegestandards bestimmt wird. Für die daraus resultierenden Konflikte sind dann die Angehörigen zuständig, die gemeinsam entscheiden, und kein Träger, der pflichtgemäß Bestimmungen umsetzen muss.

Haben Sie Interesse an diesem Wohnkonzept?

Ihr Kontakt zu uns:
Tel.: 0221 68002521
oder demenzWGhochwinkel@caritas-koeln.de

„Meine Eltern sind in Köln angekommen“



Torsten Keller, Leiter der IT im Caritasverband, über den Umzug seiner Eltern in eine seniorengerechte Wohnung am Caritas-Altenzentrum St. Bruno.



Torsten Keller

Meine Eltern haben schon früher in Köln gelebt, berichtet Torsten Keller, „sind dann nach Unkel gezogen. Nun im fortschreitenden Alter machen wir Kinder und unsere Eltern uns Gedanken über die Zukunft. Wer hilft, wenn einmal Pflege benötigt wird. Eine tägliche Versorgung durch uns Kinder in Unkel kann aufgrund der Entfernung nicht gewährleistet werden. Viele Gespräche und letztendlich die Besichtigung einer der Wohnungen am Caritas-Altenzentrum St. Bruno haben unsere Eltern überzeugt, in eine seniorengerechte Wohnung nach Köln zu ziehen. Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Caritas-Altenzentrum und der Caritas-Wohnungsverwaltung zeigten sich sehr flexibel. So konnten unsere Eltern kurzfristig eine 3-Zimmer-Wohnung in Klettenberg beziehen. Während der Einzugsphase standen die Kollegen der Einrichtung immer

für Gespräche und unsere Fragen zur Verfügung. Auch jetzt noch haben sie ein offenes Ohr für unsere Eltern. Diese haben sich gut eingelebt und betätigen sich aktiv, sie besuchen den Wochenmarkt, spazieren im angrenzenden Park, einmal wöchentlich versorgt mein Vater sogar unseren Hund. Aufgrund der Nähe zu meinem Arbeitsplatz hat der Umzug unser Zusammenleben gefördert und gibt uns und unseren Eltern gleichzeitig die Sicherheit, bei eventuell eintretender Pflegebedürftigkeit gut aufgehoben zu sein. Als Mitarbeiter der Caritas habe ich großes Entgegenkommen und ein gutes Miteinander mit den Kollegen und Kolleginnen während der Umzugsphase erlebt und kann mit gutem und sicherem Gefühl sagen „Meine Eltern sind in Köln angekommen“. // **Gesprächsprotokoll: Gabriele Vahrenhorst**



www.sparkasse-koelnbonn.de

**Unser Engagement für Bildung.
Gut für Köln und Bonn.**

 **Sparkasse
KölnBonn**

Soziales Engagement ist für uns selbstverständlich. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bürger in der Region am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Deshalb unterstützen wir zahlreiche Initiativen in Köln und Bonn, die sich für soziale Projekte einsetzen. Ob Spendenaktion für Kinderheime, Anschaffung von Kindersportrollstühlen für einen Verein, Förderung der AIDS-Stiftung oder Unterstützung einer „Überlebensstation“ für Obdachlose: Wir engagieren uns. **Sparkasse. Gut für Köln und Bonn.**

Ratgeber Ehrenamt „Flüchtlinge in Köln“

Flüchtlinge in Köln: Flucht stellt Menschen vor ungeheure Herausforderungen. Welche Notsituationen es auch sind, die Menschen dazu bewegen, ihre Heimat aufzugeben: Sie brauchen Unterstützung von uns allen, um Fuß fassen zu können.

Der Caritasverband Köln hat einen Ratgeber für Menschen herausgegeben, die sich ehrenamtlich engagieren möchten. Er enthält übersichtlich angeordnete Informationen zur Lebenssituation und hilfreiche Tipps zum Umgang mit Flüchtlingen.

Die Broschüre kann angefordert werden unter
Tel: 0221 98577-132, E-Mail: claudia.mers-koschke
@caritas-koeln.de



Nachgefragt

Seit 1. Januar 2014 ist Andreas Weber neuer Geschäftsfeldleiter der Caritas Wertarbeit. Viele Jahre sammelte er bereits Erfahrungen als Leiter unterschiedlicher Einrichtungen der Jugendhilfe und Behindertenhilfe. Der 52-jährige Vater von zwei leiblichen und zwei Pflegekindern freut sich, nach zuletzt mehrjähriger Berufstätigkeit als Leitung des diakonischen Trägers Großstadt-Mission in Hamburg seinen Lebensmittelpunkt wieder ins Rheinland verlegen zu können.

Was hat Sie an der Aufgabe gereizt, die Geschäftsfeldleitung der Caritas Wertarbeit mit rund 800 Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung und der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen zu übernehmen?

Mich reizt an der neuen beruflichen Herausforderung, die wirtschaftliche Ausrichtung der Betriebsstätten in Einklang zu bringen mit der Aufgabe, Menschen mit Behinderung und Langzeitarbeitslose zu fördern, zu qualifizieren und in Arbeit zu bringen. Denn Arbeit hat einen hohen Wert, sie bringt Tagesstruktur, dient der Selbstverwirklichung, rhythmisiert das Leben. Auch für mich selbst ist Arbeit sehr wichtig, sie gibt meinem Leben Struktur.

Was möchten Sie erreichen? Was sind Ihre wichtigsten Ziele?

Ob als Kunde, Mitarbeitender oder Mensch mit Behinderung, der hier seinen Arbeitsplatz hat: Ich wünsche mir, dass die Zeit, die er mit der Caritas Wertarbeit verbringt, für ihn ein Gewinn ist.

Was tun Sie zu Ihrem Ausgleich?

Meine vier Kinder bringen mich direkt auf andere Gedanken, wenn ich zu Hause bin. Da ist immer etwas los. Und wenn ich die Zeit finde, gehe ich gerne mit meiner Frau in die Philharmonie oder ins Kino. Auch beim Lesen kann ich mich entspannen. // **Interview: Marianne Jürgens**



Andreas Weber,
Geschäftsfeldleiter der Caritas Wertarbeit

Erste Integrationsfirma CariClean gGmbH gegründet



Die Beschäftigten Aleksej Laskovka (li.) und Bayram Kaymaz bei der Reinigungsarbeit.

Foto: Thilo Schmüngen

Der 26-jährige Bayram Kaymaz ist gemeinsam mit Aleksej Laskovka (22) zurzeit in der sechsmonatigen Erprobungsphase für einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz in der neuen Reinigungsfirma CariClean. Nachdem sie einige Zeit in verschiedenen Arbeitsbereichen der Caritas Werkstätten (jetzt: Caritas Wertarbeit) beschäftigt waren, bedeutet die Arbeit bei CariClean eine große Chance und Möglichkeit zur persönlichen Weiterentwicklung. Laskovkas Wunsch ist es, selbstständiger zu werden und irgendwann auch eine Familie zu gründen: „Dafür ist eine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt besser.“ Nach wie vor gibt es zu wenige Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung auf dem freien Arbeitsmarkt. Der Kölner Caritasverband ergriff selbst die Initiative. Seit dem 1. Dezember 2013 ist die Integrationsfirma CariClean gGmbH am Start.

„Die Gründung einer Integrationsfirma ist eine Herausforderung. Schließlich müssen wir uns ja auch auf dem freien Markt gegenüber der Konkurrenz anderer Reinigungsfirmen behaupten“, sagt Geschäftsführer Reiner Bleil. Daher ist er froh, mit KDS-Klinikdienste Süd einen Kooperationspartner

gefunden zu haben, der bundesweite Erfahrung in der fachlichen Begleitung von Integrationsunternehmen in diesem Gewerk mitbringt.

Mit CariClean schafft der Caritasverband Köln in den nächsten Jahren bis zu 45 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung im Übergang von der Werkstatt auf den Ersten Arbeitsmarkt. Die Mitarbeitenden erhalten den Tariflohn für Gebäudereinigung von 9,31 € pro Stunde und eine Zusatzrentenversicherung.

40% der Mitarbeitenden in der neuen Gebäudereinigungsfirma sind Menschen mit Behinderung. Gefördert wird die gemeinnützige Firma durch Aktion Mensch mit 250.000 € über fünf Jahre. Die ersten Objekte, in denen regelmäßig durch CariClean gereinigt wird, sind Gebäude des Caritasverbandes Köln. Gestartet wurde zum 1. Dezember 2013 zunächst mit der Reinigung der Bewohnerzimmer, Flure und weiterer Räume im Caritas-Altenzentrum St. Heribert in Deutz. // **jü**

„Weinende Fenster“, häufige Rohrbrüche, defekte Aufzüge ...

Über die Arbeit der Mieterkontaktstelle in Köln-Chorweiler



Hochhaussiedlungen in Chorweiler

Chorweiler ist die größte Hochhaussiedlung in NRW. Mit ihrem hohen Bestand an öffentlich geförderten Wohnraum sind die Mieten hier immer noch günstig. Viele der Bewohner/innen haben wenig Geld, sind Niedriglohnempfänger, beziehen Transferleistungen, oder Renten. Seit langem ist Chorweiler ein wichtiger integrativer Kölner Stadtteil für zugewanderte Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern.

In Chorweiler Mitte, dem Herzen des Kölner Nordens – mit allen wichtigen Versorgungseinrichtungen des Bezirks – befinden sich 1200 Wohnungen seit 2005 in Zwangsverwaltung, ca. 500 Wohnungen gehören seit 2006 einem internationalen Finanzinvestor. Zwei Drittel des Wohnbestandes in Chorweiler Mitte sind in einem stark sanierungsbedürftigen Zustand. Diese geballte Wohnproblematik bedroht mit seinen Folgen den gesamten Stadtteil.

Im Dezember 2009 öffnete nach zahlreichen Protesten der Mieter die Mieterkontaktstelle. Die Zwangsverwaltung stellte dafür eine Wohnung kostenfrei zur Verfügung. Sie ist bis heute eine

Anlaufstelle für Mieterinnen und Mieter, deren Wohnung bauliche Mängel und Schäden aufweisen und sie berät zu Fragen „rund ums Wohnen“. Eine mehrsprachige Sozialpädagogin, eine Architektin und fünf Ehrenamtler arbeiten Hand in Hand. Die Mängel werden gesichtet und dokumentiert und angezeigt. 2013 fanden ca. 50 Wohnungsbegehungen statt. Insgesamt bearbeitete die Mieterkontaktstelle 612 Anfragen. Bei 53% ging es um Probleme mit dem Vermieter, 24 % bezogen sich auf die Übernahme von Unterkunftskosten nach SGB II und XII und 23% Themen wie Haustürgeschäfte, Fragen der Telekommunikation etc. Die Beratungsarbeit beinhaltet die Vermittlungen zwischen Mieter und Vermieter, bei Bedarf werden weitere Behörden z.B. Wohnungsaufsicht, Jobcenter etc. eingeschaltet. Wöchentlich finden montags, mittwochs und freitags Sprechzeiten für jeweils zwei Stunden statt. Weder die Zwangsverwaltung noch der Finanzinvestor führen die dringend notwendige Sanierung der 40 Jahre alten Hochhäuser durch. Undichte einfachverglaste Fenster, im Volksmund die

„weinenden Fenster“ genannt, bereiten immer wieder große Probleme. In Beständen des Finanzinvestors fallen besonders oft Aufzüge aus, so dass kranke Menschen Probleme beim Verlassen und Aufsuchen der Wohnung haben können. Häufige Rohrbrüche sind ein weiteres Thema. Wir sprechen über Mängel, die über Jahre hinweg nicht ursächlich beseitigt sind und heute eine grundlegende Sanierung notwendig machen.

Wir fordern deshalb eine Überführung in solide Eigentumsverhältnisse. Sie ist die große Chance für die Menschen in Chorweiler. Bis heute verhandelt die Stadt mit Gläubigern und potenziellen Erwerbern, um eine Lösung zu finden. Für die Probleme im Bestand des Finanzinvestors lassen sich durch Kommunikation mit der Hausverwaltung keine verlässlichen Resultate erzielen. Uns sind gravierende Beispiele bekannt, dass trotz Mängelanzeigen, Einschalten der Wohnungsaufsicht, des Mietervereins die Mängel nicht beseitigt werden. Erfolge haben wir in Einzelfällen mit öffentlichem Druck erreichen können. // **Siggi Heidt, Leiterin der Mieterkontaktstelle**

IHRE SPENDE HILFT

Die Mieterkontaktstelle ist auf zusätzliche Spenden angewiesen. Wenn Sie helfen oder spenden möchten, wenden Sie sich bitte an:

Büro für Gemeinwesenarbeit der Kath. Pfarrgemeinde Johannes XXIII.,
Kopenhagener Str. 5,
50765 Köln;
Tel.: 0221 7001887;
Spendenkonto:
Kath KG Johannes XXIII
Konto 13882766
Sparkasse KölnBonn
(BLZ 37050198)
Stichwort:
Mieterkontaktstelle